

Rede anlässlich des traditionellen Frühjahrsempfanges

des DGB Trier am 04.03.2018 in Konz

Sabrina Kunz

Stellvertretende Landesvorsitzende

Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz

- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT -

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,
liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,
lieber James,

vielen Dank für die freundliche Begrüßung und dafür, dass ich als Hauptrednerin bei eurem Frühjahrsempfang hier in Trier sein darf. Es ist mir in doppelter Hinsicht eine Freude, zum diesjährigen Frühjahrsempfang sprechen dürfen. Zum einen, weil ich somit auch mal wieder in meiner dienstlichen Ex-Heimat sein darf und zum anderen weil ich der festen Überzeugung bin, dass der demokratische und solidarische Zusammenhalt in unserer Gesellschaft wieder mehr gefordert ist, als ich mir das in meiner fast 20-jährigen Gewerkschaftszeit je hätte vorstellen können.

Gesellschaft und solidarischer Zusammenhalt:

Dietmar Muscheid hat bereits im Rahmen des letzten Bezirksdelegiertentages im Dezember 2017 in Frankenthals zurecht darauf hingewiesen, wie wichtig solidarischer Zusammenhalt ist. Dietmar hat darauf hingewiesen, dass wir in unserem DGB Bezirk West stolz darauf sein können, dass wir kollegial, freundschaftlich, solidarisch und Ergebnis orientiert miteinander umgehen.

Ja, genau das ist es, was ich auch in allen den vielen Jahre im Bezirk so wahrgenommen habe und was ich mir für die Gewerkschaftsbewegung im DGB für die Zukunft auch wünsche.

Allerdings gibt es in einige anderen Bezirken bedenkliche Vorfälle, zu denen ich ebenfalls ein paar kritische Anmerkungen machen möchte:

In den letzten Monaten wurde aufgrund eines Antrages der DGB Jugend Nord zur Abschaffung des sog. Schutzparagrafen für Rettungskräfte – insbesondere in den sozialen Netzwerken – viel gestritten und diskutiert. Forderungen, die GdP möge aus dem DGB austreten oder der DGB möge doch nun endlich die GdP ausschließen – sind laut geworden und spitzen sich in der aktuellen Debatte zu.

Ich komme für mich zu dem Ergebnis: der populistische Trend unserer Gesellschaft hat die Gewerkschaften und nun auch die Polizei erreicht.

Populismus erfindet eine Gesellschaft, die aus nur zwei Gruppen besteht: den WIR und den ANDEREN!

Wir in der GdP und wir im DGB kategorisieren nicht in WIR und die ANDEREN, sondern wir tragen Fakten zusammen und leiten daraus sinnvolle gewerkschaftspolitische Forderungen ab. Dabei lassen wir uns leiten von unseren Grundwerten und Grundsätzen.

„Wir sind viele. Wir sind eins.“

Das war das DGB-Motto zum letzten 1. Mai und ich finde, treffsicherer hätte es nicht ausfallen können.

Wir stehen als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter vor einer der größten Herausforderungen: die Menschen wieder mehr und mehr zu einer Solidargemeinschaft zu einen. Zu einer Solidargemeinschaft, die von einer gemeinsamen Werthaltung ausgeht. Einer Werthaltung ohne Ausgrenzung, ohne Hass, ohne Rassismus, ohne Antisemitismus, ohne Rechts- und Linksextremismus und vor allem ohne Rechtspopulismus, wie ihn die AfD gerade immer salonfähiger erscheinen lässt.

„Wir sind viele. Wir sind eins. Für einen bunten und breiten Zusammenhalt in der Gesellschaft und im DGB!“

Genau das war und ist Motto einer Resolution, welche der DGB Bezirksdelegiertentag West mit einer absoluten Mehrheit im Dezember angenommen hat.

Wir – die GdP – sind Teil dieser solidarischen Gemeinschaft und das füllt mich als Kind der 80-er Jahre auch deshalb mit Stolz, weil ich nicht vergessen habe, wie stark Generationen vor mir um diese gesellschaftliche Solidarität gekämpft haben. Wir sind als GdP Teil der Arbeitnehmergemeinschaft. Wir besetzen in den DGB-Gremien zahlreiche Funktionen. Wir sind gefragte Rednerinnen und Redner bei vielen DGB-Veranstaltungen. Wir definieren im DGB unser polizeiliches Rollenverständnis als das einer modernen Bürgerpolizei und eben nicht als das einer militärischen Repressivpolizei, wie andere sie gerne hätten.

Liebe Kolleginnen,

liebe Kollegen,

wir ihr alle wisst, hat die GdP seit vielen Jahrzehnten – wie keine andere Gewerkschaft im DGB– mit einem konservativen, starren und in Teilen populistisch agierenden selbsternannten Konkurrenten zu tun, nämlich der DPoIG.

So, wie der Landesvorsitzende der AfD Junge uns mit allen anderen Gewerkschaften als „rotes Pack“ bezeichnet, werden wir durch DPoIG Anhänger oft in die linke Ecke gestellt. Ich selbst wurde von selben Personen in früheren Jahren in die rechte Ecke gestellt, weil wir uns mit dem damaligen Landesjugendvorstand aktiv in die Berufsschultour eingebracht und die DPoIG uns NPD-Methoden unterstellt hat.

Natürlich sind wir als Polizistinnen und Polizisten, Verwaltungsbeamtinnen und -beamte und als Tarifbeschäftigte der Polizei antifaschistisch eingestellt. Es gehört zu unserer beruflichen und gewerkschaftlichen DNA, Faschismus aktiv zu bekämpfen, darauf haben wir alle einen Diensteid geleistet. Dass wir mit dem Wort „ANTIFA“ dienstlich etwas

assoziiieren, darf nicht dazu führen, dass Polizistinnen und Polizisten sich von antifaschistischen Bestrebungen distanzieren. Dann sind wir bei diesem WIR und den ANDEREN angekommen und wären nicht besser als eben diese Populisten, die aktuell das Klima in unserer Gesellschaft, in den Gewerkschaften aber in Teilen auch in der Polizei versauen.

Es liegt in der Natur der Sache, dass gerade wir – als Polizistinnen und Polizisten – oft in der kritischen Betrachtung in der DGB Jugend und in den Jugendorganisationen der demokratischen Parteien und anderer politischer Akteure stehen.

Immer wieder wurden und werden in den DGB-Jugend-Konferenzen seit Jahren unzählige Anträge zum „zivilen Ungehorsam“ diskutiert. Die Gremienbeschlüsse dazu stoßen in der Jugendorganisation der GdP, aber auch in der GdP insgesamt, nicht in allen Punkten auf Zustimmung – auch das liegt in der Natur der Sache!

Ich persönlich sehe in Formen des zivilen Ungehorsams menschlich und moralisch dann, wenn er gewaltlos ist, ein nachvollziehbares Mittel der politischen Meinungsäußerung und Willensbildung in einer gelebten wehrhaften Demokratie.

Jedoch können Polizistinnen und Polizisten aufgrund der geltenden Normen und Gesetze nicht alle Formen des zivilen Ungehorsams mitgehen. Wir erteilen diese zumindest dort eine klare Absage, wo Grenzüberschreitungen Menschen verletzen oder wo aktiv zu strafbarem Verhalten aufgerufen wird. Wir fordern alle politischen Akteure und Freunde im DGB auf, sich dieser Philosophie anzuschließen.

Die Debatte um legitime Protestformen des zivilen Ungehorsams muss eine Gewerkschaftsjugend im DGB führen dürfen. Im Jahr 2017 waren 90.000 junge Frauen und Männer im DGB in unserem Bezirk ohne Berufsausbildung.

Aus diesem Grund ist Kern der Solidarität, wie ich sie verstehe und wie ich sie heute thematisieren möchte – meine sehr verehrten Damen und Herren,

die soziale Gerechtigkeit für alle in einem freiheitlichen, demokratischen und friedlichen Staat.

Der Steuerstaat bildet die tragende Säule unseres Sozialstaates – und wer mehr hat, muss auch mehr zahlen, damit die Gesellschaft nicht auseinanderbricht.

Vermögen ist ungleich verteilt. Während die einen sich die Taschen aus Kapitaleinkünften vollstopfen, kämpfen die anderen mit Einkünften und Regelsätzen, die viel zu niedrig sind, um eine gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Facharbeiterinnen und Facharbeiter zahlen in Teilen den Spitzensteuersatz, während sich viele der „Superreichen“ den Finanzämtern entziehen und in Steueroasen flüchten.

Darüber hinaus schüren digitale Informationstechnologien, die terroristische Bedrohungslage, die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und viele Dinge mehr bei den Menschen in unserem Land Unsicherheiten. Unsicherheiten, die zu einem wachsenden Nationalismus führen. Menschen werden zu Menschenhasserinnen und Menschenhassern.

Populismus gewinnt in unserem Land und in Europa – darauf werde ich später noch einmal zu sprechen kommen - an Aufwind. Dabei kommt er von links und von rechts. Es wird nach einem Schuldigen gesucht und nach einer simplen Lösung. Während der linke Populismus sich an den Reichen und dem Rechtsstaat auslässt, lassen sich die rechten Populisten an den Flüchtlingen in unserm Land, an Andersdenken und Andersfühlendenden, den Gewerkschaften und vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen und Vielfältigkeiten aus.

Wir brauchen starke Arbeitnehmer/Innen-Vertretungen, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die

- auf den Tisch hauen
- in der Sache argumentieren

- die ihre Empathie und ihren Kampfgeist und -willen für die Sorgen und Nöte der Menschen deutlich zum Ausdruck bringen – und zwar ohne Angst vor Repressalien oder eigenen Karriereknicken.

Wir sind stark – wir sind erfolgreich und wir kämpfen für den arbeitenden Menschen. Wir machen keinen Unterschied – auch nicht zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Beamtinnen und Beamten – sondern unsere Organisationsstärke ist unsere Kraft.

Kolleginnen und Kollegen,
wir leben in einer demokratischen Gesellschaft!

Unsere Gemeinschaft findet ihr Stärke in unserem Demokratieverständnis. Wir stehen für die demokratische Mehrheit in diesem Land – wir stehen für die Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und Weltoffenheit!

Was sich hinter den einzelnen Begriffen tatsächlich verbirgt, müssen wir immer und immer wieder durch Aufklärungsarbeit kundtun und alltäglich mit Leben füllen, weil es eben nicht mehr Selbstverständlichkeiten sind.

„Keine Freiheit den Feinden der Freiheit“ – „Wir sind viele. Wir sind eins“ – das ist unsere Kampfansage an die Feinde der Demokratie.

Als Mitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes und als stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei stehe ich für Vielfalt in Einheit. Ich kämpfe mit all meinen Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen für ein offenes Einwanderungsland und ich werde nicht müde immer wieder zu betonen, dass alle Menschen in unserem Land die gleichen Chancen, Rechte und Pflichten haben.

Was aktuell in Kandel passiert, müssen wir mit allen gesamtgesellschaftlichen Kräften eindämmen. Dass die AfD mit der Angst und dem immer weiter schwindenden Sicherheitsgefühl der Menschen in unserem Land spielen kann, ist politisch verursacht und schreit nach dringend notwendigen Investitionen in Bildung, einer besseren – aber

vernünftigen – Sicherheitsarchitektur; in die Wohn- und Lebenssituation in den Kommunen, in Pflege, in den Arbeitsmarkt und vor allem Nach Investitionen in die Zukunft.

Schuldenbremse ist der falsche Weg. Wer die Zukunft der Generationen sichern will, muss in der Gegenwart investieren. Ich wohne jetzt schon in meinem finanzierten Haus, obwohl es noch nicht abbezahlt ist. Ich ziehe doch nicht erst dann dort ein, wenn es abbezahlt ist und ich alt und grau bin und nichts mehr davon habe.

Wir leben in einem Rechtsstaat, in dem für alle die gleichen demokratischen Spielregeln gelten und wer sich an die Spielregeln nicht hält, muss das Spielfeld verlassen oder aber mit Strafen rechnen. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Flüchtlinge handelt, die gerade erst bei uns angekommen sind oder um Menschen, die schon lange in Deutschland leben oder hier geboren sind. Das, was uns die Rechtspopulisten als Alternative für Deutschland verkaufen, ist das Gegenteil vom dem, was Demokratie und Rechtsstaat ausmacht.

Die richtige Antwort auf Panikmache und Geschrei von rechts sind aktive Funktionärinnen und Funktionäre, aber auch aktive Mitglieder der demokratischen Parteien und der Gewerkschaften. Wir alle müssen die Ängste und Verunsicherungen der Menschen ernst nehmen. Es braucht demokratische Akteurinnen und Akteure, welche sich dem Populismus in den Weg stellen.

Wir Gewerkschaften haben in den Wahlkämpfen im letzten Jahr klare Kante gezeigt. Wir haben die demokratischen Parteien aufgefordert, die Menschen mit ihrer Politik wieder mitzunehmen, Ängste und Unsicherheiten einzufangen und ernst zu nehmen und programmatisch dem Populismus zu begegnen. Wir stellen fest: es ist den demokratischen Parteien bislang nicht wirklich gelungen. Wir lassen die Parteien damit aber nicht alleine und im Regen stehen – wir müssen zusammenhalten, uns ernsthaft zuhören und gemeinsame Lösungen finden, die nach Investitionen schreien!

Aus diesem Grund habe ich persönlich mein Votum für die Große Koalition abgegeben und ich hoffe, dass am Ende die Große Koalition in der Lage ist, den großen

demokratischen Parteien die Zeit zu verschaffen, die sie brauchen, um sich für die Zukunft zu rüsten, gerechte soziale Sicherungssysteme zu schaffen und Investitionen in die Zukunft vernünftig zu planen.

Ich bin mit Herz und Verstand seit über 20 Jahren Polizeibeamtin und ich verstehe es einfach nicht... Ich verstehe nicht, dass unser Sach- und Fachverstand bei zentralen Fragen zur Inneren Sicherheit oft kein Gehör findet.

Wer ein MEHR an Bildung, ein MEHR an Gerechtigkeit, ein MEHR an Investitionen in die Zukunft möchte, der muss das Thema Innere Sicherheit ernst nehmen und auch an dieser Stelle investieren.

Wir wollen keine aufgerüstete Militärpolizei. Wir wollen auch keine Repressivpolizei. Wir wollen eine

- Bürgerpolizei
- welche in der Krise in der Lage ist, den Staat handlungsfähig zu halten,
- die Demokratie und den Rechtsstaat zu verteidigen,
- und den Menschen in unserem Land den Schutz zu gewährleisten, den Art. 1 GG uns als Garanten des Staates übertragen hat.

Meine verehrten Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen mit unseren Forderungen für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Wir stehen für eine Politik, die unseren Staat wieder handlungsfähiger macht und wir stehen vor allem für eine Politik, die den Menschen Sicherheit, Vertrauen und Perspektiven gibt.

Entscheidend ist doch nicht, ob Menschen objektiv sicher sind, sie objektiv sozial abgesichert sind...! Nein! Entscheidend ist, wie Menschen ihr persönliches Leben empfinden!!! Fühlen Menschen sich sicher, glauben sie, dass es gerecht in unserer Gesellschaft zugeht? Die Politik der letzten 10-15 Jahre hat es nicht verstanden, die Menschen auf dieser emotionalen Ebene abzuholen und ihnen mit konkreten Maßnahmen Sicherheit, Gerechtigkeit und Perspektive zu geben!

Ich möchte einige Themen ansprechen:

Der Mindestlohn ist zwar eine Erfolgsgeschichte..., aber der Mindestlohn ist und bleibt eine Sicherung eines Existenzminimums - Wohlstand sieht anders aus. Nach wie vor lassen viele Arbeitgeber Menschen zu Dumpinglöhnen schufteten. Menschen werden ausgebeutet. In vielen Fällen wird der Mindestlohn noch umgangen. Wir brauchen stärkere Kontrollen und Sanktionen → die gesetzlichen Regelungen zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen sind ein erster Schritt. Wir sind es unseren Kolleginnen und Kollegen, die sich tagtäglich für Dumpinglöhnen den Hintern aufreißen und kaum davon leben können, schuldig, dass sich hier spürbar etwas verbessert.

Im letzten Jahr ist es uns gelungen, in den Tarifrunden der Stahlindustrie, der Textil- und Bekleidungsindustrie, der Energiewirtschaft und dem Steinkohlebergbau und der Eisenbahn gerechtere Entlohnungen zu erreichen. Dabei konnten wir so viele Menschen mobilisieren, wie schon lange nicht mehr. Das zeigt bei aller Euphorie und Freude für die Gewerkschaftsbewegung, dass die Menschen unzufrieden sind und dass soziale Sicherheit wieder mit Leben gefüllt werden muss.

Der jüngste Tariferfolg der IG Metall kann nur ein Anfang sein. Mehr Geld und mehr Selbstbestimmung bei den Arbeitszeiten – das ist das, was die Zukunft der Arbeit ausmacht.

Aktuell steht die Tarifrunde im öffentlichen Dienst für den Bund und die Kommunen an. 6% Entgelterhöhung – mind. jedoch 200 Euro ist eine realistische Forderung. Die ökonomischen Rahmenbedingungen für die Realisierung dieser Forderungen sind so gut, wie in den letzten 20 Jahren nicht. Und dennoch werden meine Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen als Bittsteller hingehalten. Das Ergebnis wird wegweisend für die Tarifverhandlungen in unserem Land im nächsten Jahr sein.

Rheinland-Pfalz wird – trotz zeit- und inhaltsgleicher Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten – in diesem Jahr auf dem letzten Platz des Besoldungsrankings landen. Das Schlusslicht Berlin wird in der zweiten Jahreshälfte deutliche strukturelle Verbesserungen in der Besoldungslandschaft vornehmen und RP damit ein gutes Stück abhängen.

Wir haben eine Abbrecherquote an der Hochschule der Polizei von mittlerweile nahezu über 20 Prozent zu verzeichnen. Wir brauchen dringend eine Steigerung der Einstellungskontingente auf langfristig mind. 600 Einstellungen im Jahr, um diesem Trend entgegenzuwirken. Wir werden dann aber aus dem Kreis der Bewerber/Innen Polizistinnen und Polizisten einstellen, die unter „normalen“ Umständen nie eine Zusage bekommen hätten, solange die Attraktivität der Polizei Rheinland-Pfalz bzw. des gesamten öffentlichen Dienstes nicht schnellstmöglich strukturell deutlich verbessert wird und das geht – liebe Kolleginnen und Kollegen – lediglich über die Geldbörse.

Auf keinen Fall dürfen sich die Zugangsvoraussetzungen verändern, um ein Mehr an Bewerberinnen und Bewerbern zu bekommen. Dies führt zwangsläufig zu einer weitaus schlechteren Qualität in der Bildungsarbeit in der Polizei: Was dies bei einem sich zuspitzenden gesellschaftlichen Druck und dem zunehmenden Trend zur Radikalisierung bedeutet, mag sich jeder hier im Raum selbst ausmalen.

Als Dozentin und Polizistin an der Hochschule der Polizei und Hauptschülerin der 90-er Jahre in unserem Land stelle ich fest, dass sich das Bildungsniveau der jungen Menschen erheblich verändert hat. Ich möchte bewusst nicht von einer Verschlechterung sprechen, aber ich möchte von einer spürbaren Veränderung sprechen. Aus diesem Grund sind auch Investitionen in Schulen, Kindertagesstätten und Ganztagesbetreuungen von Nöten, um jungen Menschen eben das Rüstzeug mit auf den Weg zu geben, dass sie für die Herausforderungen der Zukunft brauchen.

Doch zurück zur sicheren und guten Arbeit der Zukunft. Was wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter vorfinden, treibt einem die Tränen in die Augen:

Tagtäglich begehen Arbeitgeber Tariffucht. Die Tarifbindung ist auf 49 Prozent abgesackt. Im Jahr 1998 waren es noch 63 Prozent. Was bedeutet dies?

Die Einkommens- und Lebensbedingungen klaffen immer weiter auseinander. Millionen von Beschäftigten arbeiten ohne Tarifvertrag. Sie leben in einem permanenten Zustand von Verunsicherung und sozialer Abstiegsangst.

Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit! Für alle! Tariftreue Arbeitgeber brauchen unsere Hilfe. Wir wollen die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern – wir wollen Tarifverträge für alle! Und wir wollen, dass Gründer von Pseudo-Gewerkschaften erkennen, dass unsere Stärke im DGB die Solidarität der Gemeinschaft ist: ein Betrieb – eine Gewerkschaft!

Handlungsfähiger Staat

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Zukunft hält so vieles für uns bereit und meine Redezeit ist begrenzt. So möchte ich als Vertreterin der nahezu 9.000 in der Polizei Rheinland-Pfalz beschäftigten GdP-Mitglieder einen weiteren Schwerpunkt zum Thema „Handlungsfähiger Staat und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ neben meinen Eingangsausführungen von eben setzen: denn ohne eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge ist die soziale Gerechtigkeit nicht möglich!

Es sind meine Kolleginnen und Kollegen, die gerade aktuell bundesweit eine Vielzahl von Großversammlungen schützen müssen. Nicht selten marschieren dabei die Rechten auf und binden eine Vielzahl polizeilicher Kräfte. Menschen in Uniform, die sich gefangen sehen zwischen ihrem gesetzlichen Auftrag, die Versammlungsfreiheit der Rechten zu schützen und ihrer persönlichen Ablehnung solchen Gruppierungen gegenüber. Gefangen zwischen gesellschaftlicher Unzufriedenheit, Frust, Sprachlosigkeit auf der einen Seite und dem politischen Versagen auf der anderen Seite.

Polizistin-Sein oder Polizist-Sein bedeutet auch Mensch zu sein. Menschen mit Familien, Kindern, einem Vereinsleben und einem privaten Sozialleben. Menschen in einem Beruf, von dem sie nicht wissen, ob sich nach Dienstende überhaupt wieder zu ihren Familien, Freunden und Bekannten zurückkommen.

Nur im gesellschaftlichen Zusammenwirken können wir es schaffen, politische Fehlentscheidungen zu korrigieren. Nicht die Polizistinnen und Polizisten sind dafür verantwortlich, aber sie leisten ihren Dienst in einer Demokratie und in einem Rechtsstaat nach dem Willen der gewählten Volksrepräsentanten. Deren Versagen oder Unterlassen führt zu gesellschaftlichen Tendenzen, die wir nicht tolerieren können und wollen. Nicht ohne Grund ist die Gewerkschaft der Polizei als die Polizeigewerkschaft weltweit im DGB organisiert. Nur geschlossen schaffen wir es – aus der Mitte der Gesellschaft heraus – die Politik zurück zu einer sozialen und gerechten Politik zu führen.

Dabei ist die Polizei ist nicht zum Selbstzweck da. Sie sichert den verfassungsrechtlich verankerten Rechtsstaat und gewährleistet Freiheit und Sicherheit gleichermaßen und zwar in einem täglichen Balanceakt. Soziale und Innere Sicherheit lassen sich nicht trennen. Ich wünsche mir gesellschaftlichen Zusammenhalt, der nicht von Populisten und einfachen Lösungen begleitet wird, sondern von Vernunft und durch Diskurs und Diplomatie.

Gesellschaftliche Spaltungen fördern Perspektivlosigkeit und Gewaltbereitschaft, die sich meist in der unmittelbaren Interaktion mit der Polizei entlädt.

Es ist Alltag geworden, dass meine Kolleginnen und Kollegen, aber auch andere Rettungskräfte, angepöbelt, angespuckt oder sogar angegriffen werden. Gewalt als ultima ratio müssen Polizistinnen und Polizisten als Träger des Gewaltmonopols einsetzen, um den Rechtsstaat zu schützen, wenn alle anderen Mittel nicht mehr greifen. Oft werden sie dabei gefilmt. Videobeiträge werden aus dem Zusammenhang gerissen und in sozialen digitalen Medien zur Schau und Diskussion gestellt. Wo bleibt die Solidarität für die Freiheitsrechte und die Sicherheit meiner Kolleginnen und Kollegen?

Aber wo kommt die gesellschaftliche Unzufriedenheit her, die sich oftmals als Gewalt gegen die Polizei auf der Straße ausdrückt? Ich fasse aus meiner Sicht die Fakten kurz zusammen:

- Der Staat sieht sich durch die Schuldenbremse gezwungen, zu viel zu sparen und zu wenig zu investieren. Das führt dazu, dass in vielen Gemeinden nur noch der Mangel verwaltet wird, für nichts ist mehr Geld da. Schwimmbäder werden abgerissen, Spielplätze sind zu gefährlichen Baugruben geworden, Brücken werden gesperrt, Schulen sind in einem peinlichen Zustand oder der Unterricht findet in Containersiedlungen statt etc.
- Die Reichen werden in Deutschland hingegen immer reicher und die Armen werden immer ärmer. Die Umverteilung von unten nach oben hat in den letzten Jahren so eine solche Dynamik gewonnen, dass sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt zunehmend gefährdet.
- Das ist ungerecht, schürt Neid, Unzufriedenheit und Frust und das drückt sich wiederum in Hilflosigkeit aus und kann sich letzten Endes als Gewalt gegenüber der Polizei äußern.
- Die mittleren und unteren Einkommen finanzieren mit ihren Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen das Gemeinwesen und kurbeln mit ihrem Konsum die Wirtschaft an. Mit dem Geld der Reichen, was niemand braucht, wird hingegen hemmungslos unter Außerachtlassung von Ethik und Moral spekuliert, spekuliert und spekuliert.

Genau aus diesen Gründen brauchen wir starke Gewerkschaften und eine andere Politik. Die steigende Ungleichheit ist kein Naturereignis. Sie ist politisch gemacht und kann aus dem Grund auch nur politisch überwunden werden.

Nur so, Kolleginnen und Kollegen, erreichen wir, dass der Staat wieder Geld zur Verfügung hat, welches dringend für Investitionen in die Zukunft benötigt wird.

Rund ein Drittel der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wird bis 2028 aus Altersgründen ausscheiden. Darin verbergen sich Chancen und Risiken gleichermaßen. Damit Leistungen der staatlichen Daseinsvorsorge nicht noch weiter gekürzt werden, brauchen wir eine unmittelbare Einstellungsoffensive. Wir müssen gezielt auch junge Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund ansprechen. Wir leben in einer bunten Gesellschaft und aus diesem Grund muss der öffentliche Dienst den Arbeitgebern gutes Vorbild sein. Wenn nicht bald damit begonnen wird, deutlich über den konkreten Bedarf hinaus qualifiziertes Personal an den öffentlichen Dienst zu binden, werden Hezelmännchen einspringen müssen.

Liebe Kolleginnen,

liebe Kollegen,

in unserer Demokratie tragen alle dafür Verantwortung, dass unsere staatlichen Institutionen handlungsfähig bleiben. Dies gilt für Bund, Ländern und Kommunen. Wer in den Staat investiert, der investiert in die Zukunft seiner Bürgerinnen und Bürger. Zukunft ist die Zeit, die subjektiv betrachtet der Gegenwart folgt. Übersetzt heißt das aber auch, dass eine starke Zukunft Investitionen in der Gegenwart verlangt.

Wir fordern einen umfassenden „Pakt zur gerechten Finanzierung und Umsetzung öffentlicher Investitionen“.

Wir brauchen Investitionen in Bildung, innere Sicherheit, Wohnungsbau, Infrastruktur und den öffentlichen Dienst.

Ein gut ausgestattetes Bildungssystem ist nicht nur Wettbewerbsfaktor – es entscheidet über die Zukunft unserer Kinder! Die Gebäude und die Ausstattungen in vielen Schulen sind marode und veraltet. Es fehlt an Räumen und Lernmaterial. Es fehlt aber auch an Datenleitungen, die den Anschluss an das digitale Zeitalter ermöglichen. Es braucht ein umfassendes Sanierungs- und Modernisierungsprogramm für Schulen.

Arbeit der Zukunft:

Wie sieht die Arbeit der Zukunft aus, Kolleginnen und Kollegen? Ich weiß es nicht, aber eins weiß ich: die zunehmende Digitalisierung verändert die Arbeitswelt. Wir befinden uns in einer Zeit, welche der Zeit der Industriellen Revolution in nichts nachsteht und gerade auf uns als Gewerkschaften kommt dabei eine immense Verantwortung zu.

Wir stehen vor großen Umbrüchen, die uns zwar unsicher, nicht jedoch Bange machen. Wir sollten die Zeit als Chance sehen und auch neue Facetten der Mitbestimmung identifizieren. Wir sollten unsere Rolle neu definieren, ohne Traditionelles aus den Augen zu verlieren.

Die Digitalisierung kann beispielsweise dabei helfen, Präsenzzeiten am Arbeitsplatz zu reduzieren und somit eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten.

Die Situation birgt aber auch Risiken. Das Arbeitsrecht wird umgangen und Mitbestimmung wird ausgehebelt. Arbeitszeiten und Erholungszeiten werden miteinander vermengt. Die Grenzen sind fließend geworden und bergen die Gefahr, durch die Arbeitgeber ausgenutzt zu werden.

Wir fordern, dass die Beschäftigten die Arbeitszeit ihren Wünschen anpassen können. Es braucht Arbeitszeiten, die sich der aktuellen Lebenssituation anpassen. Die Debatte über den Umfang und die Gestaltung von Arbeitszeiten wollen wir vorantreiben.

Arbeit darf nicht krank machen, Arbeit soll zufrieden machen. Arbeit soll einen gerechten Standard an Lebensqualität bieten.

Dazu brauchen wir

- Klare Regeln zum Arbeitsschutz!
- Eine bessere Beratung durch Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften!
- Kontrollen und Sanktionen, damit das Arbeitsschutzgesetz auch eingehalten wird.

Frauen und Männer müssen sich Erwerbstätigkeit und Familienleben partnerschaftlich teilen können! Alle reden davon, kaum einer tut etwas dafür. Wir leben in einer dynamischen „Turbogesellschaft“, die im Widerspruch zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht. Das müssen wir weiter anpacken. Frauen und Männer sollen in der Lage sein, gleichzeitig und mit gleichen Chancen zum Aufstieg erwerbstätig zu sein. Die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt muss gefördert und die Übernahme von familiären Aufgaben durch Männer unterstützt werden.

Noch immer verdienen Frauen im Schnitt 20 Prozent weniger als Männer. Das ist eine Schande. Hier sind Politik und wir gefordert, damit wir nicht auch noch in Zukunft in Reden Zustand beklagen müssen.

Liebe Kolleginnen,

liebe Kollegen,

wir arbeiten flexibler – ja – genauso ist es. Es darf aber nicht länger eine Einbahnstraße für die Arbeitgeber sein, sondern es braucht politische Regeln für die neuen Technologien und digitale Medien. In der analogen Welt werden gesellschaftlichen Werte und Normen durch unsere Verfassung als Rahmen formuliert.

Unsere Strukturprinzipien, allen voran unser demokratischer Rechtsstaat muss mit all seinen Facetten auch digital gelten. In der wirklichen Welt werden Straßen gebaut und in der Straßenverkehrsordnung wird geregelt, wie sich auf diesen Straßen zu verhalten ist. Das muss auch in der digitalen Welt gelten.

Der Staat hat die Pflicht, die notwendigen „Straßen“ zu bauen und die digitale Infrastruktur zu schaffen. Darüber hinaus muss er auch die Regeln formulieren, die in der digitalen Wirklichkeit Geltung haben müssen und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung entsprechen. Regelverstöße müssen sanktioniert werden und dürfen nicht der „Community“ überlassen werden.

Ich komme zum Thema Mitbestimmung:

Eine Vielzahl von Befragten in Deutschland halten Betriebsräte in der Arbeitswelt für wichtig und doch gehen sie nicht zu den Wahlen. Warum ist das so?

Wir alle wollen die Arbeit der Zukunft gestalten. Wir alle wollen solidarisch und eins miteinander sein.

Dazu braucht es funktionierende, starke und handlungsfähige Mitbestimmung. Die Arbeitswelt verändert sich rasant und die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Mitbestimmung bleiben so wie sie sind. Darüber hinaus werden Betriebs- und Personalräte in ihrer Arbeit behindert.

Das sind Gesetzesverstöße, die wir so nicht hinnehmen werden. Wir brauchen endlich umfassende Reformen des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsrechts. Wir gehen in die Offensive, um die Mitbestimmung zu stärken. Und die weißen Flecken auf der Landkarte der Mitbestimmung dürfen nicht größer werden, sondern sie müssen verhindert werden.

Es füllt mich mit stolz, dass ich in der größten Polizeigewerkschaft der Welt aktiv sein kann und dort Mitglied bin. Wir finanzieren unseren Bundesvorsitzenden aus Mitgliedsbeiträgen. Wir stellen in Rheinland-Pfalz innerhalb der Polizei die wesentliche Mehrheit der freigestellten Personalratsmitglieder, die sich tagtäglich für die Belange der Kolleginnen und Kollegen und für die Einhaltung der Mitbestimmungsrechte einsetzen. All meine Kolleginnen und Kollegen führen ihr gewerkschaftliches Amt ehrenamtlich und mit viel Herzblut und Verstand aus. Und doch müssen sie sich immer wieder den Vorwurf gefallen lassen, die Personalratstätigkeit und die Gewerkschaftstätigkeit nur aus dem Grund auszuüben, um sich selbst die Taschen voll zu machen.

Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften und in Personalräten: ob haupt- oder ehrenamtlich, ob bei den Frauen, den Senioren oder in der Jugend, ob Funktionärin, Funktionär oder Mitglied – seid stolz über das, was ihr jeden Tag draußen in den Betrieben und Dienststellen leistet, während andere ihre Freizeit bereits mit ihren Familien und/oder Freunden verbringen. Ich bin stolz auf euch und froh, dass es euch gibt!

In Deutschland müssen alle sicher und ohne Angst leben können. Dies gehört zu den Fundamenten unseres Landes und ist Kernbestandteil unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Bedauerlicherweise werden Flüchtlinge in den letzten Jahren immer mehr eingeschüchtert und bedroht und für alle denkbaren Straftaten verantwortlich gemacht. Vielen von ihnen stammen aus Syrien, dem Land, in dem der selbsternannte Islamische Staat Angst und Schrecken verbreitet.

Es ist unsere Aufgabe als Gewerkschaften und dafür stehe ich heute hier, gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zu kämpfen und ich zeige mit euch und allen anderen Gewerkschaftern gemeinsam Flagge gegen die menschenverachtenden rechten Ideologien. Es ist unsere menschenrechtliche Pflicht, Verfolgten Asyl zu gewähren. Flüchtlinge sind bei uns – wie jeder andere Mensch auch – herzlich willkommen und verdienen eine menschenwürdige Unterbringung, Versorgung und Betreuung.

Wir sind weltoffen und stehen auf, wo Menschenrechte verachtet werden. Wir sind eine bunte, eine weltoffene und eine demokratische Gesellschaft. Es hat uns große Anstrengungen gekostet, auf breiter Front öffentlich gegenzuhalten. Dafür möchte ich allen Akteurinnen und Akteuren recht herzlich danken. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus dürfen nicht auf fruchtbaren Boden fallen.

Wir fordern eine Politik, die ein soziales und gerechtes Miteinander schafft und lehnen eine Politik ab, welche aufgrund ihrer Hilflosigkeit rechtsextremer Gewalt und linksextremer Gewalt freien Lauf lässt.

Wir sind alle dazu verpflichtet, rechtzeitig gegen rechtsextremistisches Denken zu handeln, gegen Rassismus und Intoleranz.

Liebe Kolleginnen,

liebe Kollegen,

zum Abschluss ist mir eins wichtig. Wir – alle Demokratinnen und Demokraten – sind verantwortlich für gesamtgesellschaftliche Lösungen. Lasst uns wieder weg kommen von dem WIR und die ANDEREN hin zu einer GEMEINSCHAFT.

Lasst uns die Zukunft gemeinsam anpacken, im Dialog mit den Generationen und im Dialog mit allen demokratischen Parteien und Sozialpartnern in unserer pluralistischen Gesellschaft. Lass uns eine Zukunft insbesondere auch dann gemeinsam gestalten, wenn es inhaltliche Differenzen gibt. Die inhaltliche Auseinandersetzung um Lösungen und Investitionen muss im Vordergrund stehen.

Wir brauchen parteien- und gewerkschaftsübergreifend eine respektvolle Streitkultur im Sinne der Menschen in unserem Land. Streiten der Sache wegen und Streiten um Lösungen zu finden.

Wir sind als Gewerkschaftsfamilie nicht der Spielball der politischen Kräfte, sondern wir kämpfen gemeinsam für ebenso gemeinsame Forderungen – also lässt uns gefälligst dafür sorgen, dass wir als DGB nicht zum politischen Spielball werden.

Der DGB ist eine Ansage und zwar eine Ansage für die Zukunft – DGB ist Garant dafür, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen gerecht und sozial sind.

Ich danke euch und Ihnen für die Aufmerksamkeit!

Glück auf!